

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

23. - 29. September 2023

Sitzung des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung in Berlin. Die französischen und deutschen Abgeordneten trafen sich am 25. September im Bundestag, um den Fortschritt der fünfzig Projekte zu prüfen, die im Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit von 2019 festgelegt sind. Bei dieser Gelegenheit tauschten sich die Abgeordneten mit der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Klimaschutz, Anna Lührmann, und ihrer französischen Amtskollegin, der Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, Laurence Boone, aus.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist den Forderungen der Mittelmeerinsel Korsika nach mehr Eigenständigkeit entgegengekommen. Vor dem Parlament Korsikas in Ajaccio stellte er die Autonomie der Insel in Aussicht. Innerhalb von sechs Monaten solle dafür eine Einigung gefunden werden. Macron sieht in seinem Vorschlag einen grundlegenden Wandel in der Beziehung zwischen Korsika und dem französischen Staat. Das Verhältnis zwischen Korsika und der französischen Regierung gilt schon lange als schwierig.

Der französische Botschafter in Niger, Sylvain Itté, hat am 27. September Niamey verlassen. Die Rückkehr auf französischen Boden erfolgte drei Tage, nachdem der Präsident der Republik, Emmanuel Macron in einem Fernsehinterview die Rückführung des Botschafters angekündigt hatte. In Rahmen des Interviews gab Macron auch den Abzug der 1500 französischen Soldaten aus Niger bekannt.

Der französische Präsident Emmanuel Macron traf sich 26. September in Rom mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni. Der Staatschef, der Giorgia Meloni im Juni in Paris empfangen hatte, nahm am Vormittag an der Beerdigung des ehemaligen italienischen Präsidenten Giorgio Napolitano teil. Emmanuel Macron und Giorgia Meloni haben in letzter Zeit vermehrt Beschwichtigungserklärungen abgegeben und ihre Bereitschaft bekundet, gemeinsam zu handeln, um die Migrantenströme zu steuern. „Wir können die Italiener nicht allein lassen“, betonte Emmanuel Macron 24. September im Rahmen eines Fernsehinterviews. Macron und Meloni werden sich am Freitag in Malta anlässlich des 10. EU-MED-Gipfeltreffens erneut treffen.

Frankreich wird einen Militärattaché nach Armenien entsenden und ein Konsulat in einer von Baku begehrten Region eröffnen. Frankreich, das historisch sehr eng mit Armenien verbunden ist, will eine aserische Invasion im Süden des Landes verhindern. Um Baku abzuschrecken und Armenien seine Unterstützung zuzusichern, kündigte die französische Außenministerin Catherine Colonna am 26. September in der Nationalversammlung die Eröffnung einer konsularischen Antenne in der Region an. Paris wird „auch seine Zusammenarbeit mit Armenien im Verteidigungsbereich verstärken. [...] Ein Verteidigungsattaché wird in der französischen Botschaft in Eriwan präsent sein“, so Colonna.

Die französische Regierung hat einen umfangreichen Plan für mehr Klimaschutz vorgestellt. Sie verpflichtet sich dazu, bis 2030 den Treibhausgasausstoß im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent zu senken. Macron bestätigte, dass die zwei letzten Kohlekraftwerke Frankreichs bis 2027 ihren Betrieb einstellen sollen. Die Wärmepumpenproduktion soll in den kommenden vier Jahren verdreifacht werden. Außerdem will die Regierung E-Autos für erschwinglicher machen. Für Menschen mit geringerem Einkommen soll es ab 2024 ein Leasing von E-Automodellen ab 100 Euro pro Monat geben. Das Angebot soll sich auf in Europa produzierte Fahrzeuge beschränken.

Frankreich hat für die Olympischen Spiele 2024 ein Kopftuchverbot für die französischen Athletinnen ausgesprochen. Begründet wird dieses mit den laizistischen Grundprinzipien des Landes. Die Vereinten Nationen bekräftigten am 26. September ihre grundsätzliche Ablehnung des Verbots. „Im Allgemeinen ist das Hochkommissariat für Menschenrechte der Ansicht, dass niemand einer Frau vorschreiben sollte, was sie zu tragen oder nicht zu tragen hat“, sagte die Sprecherin des Hochkommissariats, Marta Hurtado, auf eine Frage bei der regelmäßigen Pressekonferenz der Vereinten Nationen in Genf.

Die Zahl der freiwilligen Schwangerschaftsabbrüche war im Jahr 2022 auf dem höchsten Stand seit 1990. Dies geht aus einer am Mittwoch, den 27. September, veröffentlichten Studie der Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques (Drees) (Direktion für Forschung, Studien, Bewertung und Statistik) hervor. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Frankreich 234.300 Schwangerschaftsabbrüche registriert, 17.000 mehr als 2021 und rund 7000 mehr als 2019. Die im Gesetz vom März 2022 vorgesehene Verlängerung der gesetzlichen Frist um zwei Wochen (von 12 auf 14 Wochen) „reicht nicht aus, um diesen Anstieg zu erklären“, so die Drees. Auch der vereinfachte Zugang zum Schwangerschaftsabbruch habe zum Anstieg beigetragen.

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung treffen auch das Goethe-Institut in Frankreich - im Jahr des sechzigjährigen Bestehens des Elysée-Vertrags. Die Standorte Bordeaux und Lille sowie ein Liaisonbüro in Straßburg werden geschlossen. In Frankreich bleiben nur noch die Goethe-Institute in Paris, Marseille, Nancy, Lyon und Toulouse bestehen.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die **Républicains (LR)** haben zusammen mit ihren Verbündeten der **Union centriste** bei den **Senatswahlen am 24. September die absolute Mehrheit im Palais du Luxembourg, dem Sitz des Senats in Paris behalten.** Aktuell wird von 144 Sitzen (vorher 145) für LR und rund 60 Sitzen für die Union centriste (vorher 57) ausgegangen. Die endgültigen Ergebnisse werden am 3. Oktober bekannt gegeben, dem Stichtag, an dem sich die neu gewählten Abgeordneten einer Fraktion anschließen müssen.

Mehr Informationen gibt es in unserem Länderbericht: [Hier klicken](#)

| | | | |
|---|---|---|---|
| 3 | 8 | 4 | 7 |
| 0 | 2 | 6 | 5 |
| 5 | 3 | 1 | 2 |
| 7 | 4 | 9 | 6 |
| 9 | 8 | 2 | 0 |
| | | | 1 |

DIE ZAHL DER WOCHE

Der französische Staat will im Jahr 2024 285 Milliarden Euro an Schulden auf den Finanzmärkten aufnehmen. Es handelt sich um einen Rekord nach den 270 Milliarden Euro im Jahr 2023, wie die Agence France Trésor am Rande der Vorstellung des Haushaltsplans für das nächste Jahr bekannt gab. Der Staat muss insgesamt 299,7 Milliarden Euro aufbringen, was einem Rückgang um 10,6 Milliarden Euro im Vergleich zum aktualisierten Finanzierungsbedarf 2023 entspricht.